

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern** **Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Dienstag (Nachmittag), 27. März 2018

Polizei- und Militärdirektion**55 2017.RRGR.542 Motion 199-2017 Seiler (Trubschachen, Grüne)
UMA prioritär in Pflegefamilien unterbringen**

Präsidentin. Wir kommen zum Traktandum 55. Das ist eine Motion von Grossrat Seiler, Trubschachen, respektive der Grünen: «UMA prioritär in Pflegefamilien unterbringen». Die Regierung hat den Vorstoss ziffernweise beantwortet. Sie empfiehlt die Annahme von Ziffer 1 als Postulat, bei Ziffer 2 beantragt sie Annahme und Abschreibung und bei Ziffer 3 ebenfalls Annahme als Postulat. Wir führen eine freie Debatte. Der Motionär hat das Wort. Peter Sommer könnte für ihn noch den Anmeldeknopf drücken. – Wunderbar. Der Motionär hat das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). In der Familie muss beginnen, was leuchten soll im Menschenland. – Das ist frei nach Gotthelf. Werte Frauen und Männer, die moderne Familie entsteht heute überall und vielfältig im Kleinen, dort, wo man sich miteinander, füreinander und zueinander neigt und so Geborgenheit, «Hilbe» und Freiraum für Eigen- und Gemeinschaftsentwicklung entstehen lässt.

Was will dieser Vorstoss? Er will Unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) wenn immer möglich in Pflegefamilien unterbringen und weniger in Zentren. Die Motionäre sind überzeugt, dass die Integration, die Beziehungsentwicklung, das Lernen der neuen Sprache, das Tätigwerden, das Kennenlernen und das Sich-zurechtfinden im neuen Umfeld wesentlich wirksamer und nachhaltiger in Pflegefamilien erlernt werden kann als bis jetzt in Zentren. Damit auch die Kosten noch wesentlich sinken, soll der bereits überwiesene Vorstoss von Markus Wenger sofort umgesetzt werden. Dieser verlangt, dass die überdimensionierten Anforderungen und Vorschriften an die Platzierungsorganisationen wesentlich reduziert werden. Es geht bei diesem Vorstoss hier nicht um Details, sondern um ein Grundprinzip.

Die Flüchtlingsströme und vor allem die Minderjährigen stellen uns vor eine grosse Herausforderung. Begegnen wir ihr mit Angst, Kälte und Abneigung und lassen so neue Berge von emotionalem Abfall entstehen? Oder packen wir alle diese Aufgabe mit besonnenem Kopf, fröhlichem Herzen und kreativer Schaffenskraft an, damit dadurch ein Mehrwert entstehen kann? – Stellen Sie sich die vielen existenzbedrohten Bauernhöfe vor: die vorderen, hinteren, oberen, mittleren, unteren, die auf der Sonn- und die auf der Schattseite, die auf der «Egg» und die im «Schachen». Sie alle mit ihrem idealen pädagogischen Umfeld würden viele UMA aufnehmen und dabei Fähigkeiten entwickeln, um diesen UMA förderlich zu begegnen! Ich bin überzeugt: In vielleicht zwanzig bis dreissig Jahren würden so die bis jetzt unlösbaren Hofnachfolgelösungen ganz natürlich durch die ehemaligen UMA erfolgreich gelöst. UMA: Umarmen wir sie mit Liebe! – So entweicht die Angst, und neue Kraft und neuer Mut können entstehen.

Präsidentin. Grossrat Kullmann spricht als Mitmotionär und zugleich für die Fraktion.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich spreche als Mitmotionär und Fraktionssprecher. Ich danke dem Regierungsrat für die Prüfung unserer Motion. Wie wir den Statistiken zum UMA-Kredit entnehmen konnten, waren Mitte 2017 48 von 370 UMA bei einer Pflegefamilie untergebracht und 50 bei Verwandten. Zusammen entspricht das einem Anteil von 26 Prozent. Dieser Anteil kann höher sein, dieser Anteil soll höher sein. In unserer Motion haben wir dargelegt, wie wichtig Familienplatzierungen für UMA sind. Je jünger der UMA, desto wichtiger ist das natürlich. Praktisch alle UMA entstammen Kulturen, in denen Beziehungen und der familiäre Zusammenhalt eine ausserordentlich hohe Bedeutung haben. Auch der Regierungsrat bestätigt in der Motionsantwort: «Passt ein Setting und ist die nötige Begleitung gegeben, so ist der Integrationseffekt in der Regel sehr hoch.» – dieser positive Integrationseffekt darf nicht unterschätzt werden. Er ist fast unbezahlbar. Zurzeit kommen die UMA vor allem aus Ländern, die kulturell kaum unterschiedlicher als die Schweiz sein könnten. Viele von ihnen haben einen mässigen bis extrem tiefen Bildungsstand.

Im Rahmen meines Unterrichtsauftrags an einem Internat konnte ich selber sechs verschiedene UMA unterrichten. Einer davon ist 15-jährig und war in Mathematik auf dem Niveau der ersten Klasse – und ist es vielleicht noch immer. Das ist vielleicht ein Extrembeispiel. Doch die meisten UMA brauchen eine sehr enge Begleitung, damit sie sich einigermaßen im Leben in der Schweiz einfinden können. Falls das nicht geschieht, entstehen der Gesellschaft jährlich sehr hohe Kosten. Eine Gruppenunterkunft kann mit einem Setting einer guten Familie kaum mithalten. Es besteht die Gefahr, dass sich die UMA in einer Gruppenunterkunft zu wenig integrieren. Ich habe im Vorfeld meines Votums auch noch mit einer Pflegefamilie gesprochen, die einen UMA aufgenommen hat. Aus Erfahrung mit diesem Beispiel kann ich auch sagen, dass die Integration wirklich sehr gut funktionieren kann, solange der UMA merkt, dass er sich wirklich voll engagieren muss und realisiert, dass er in einem Umfeld lebt, in dem er weitgehend von Schweizern und Schweizerinnen umgeben ist. Im Beispiel dieser Pflegefamilie ist das wirklich über mehrere Jahre hinweg sehr gut gelungen. Dann ging dieser junge Mann zusammen mit anderen UMA in ein Sommerlager. Seit dann ist es schwieriger geworden, allein dadurch, dass er in einem Sommerlager war mit anderen UMA aus dem eigenen Kulturkreis. Er traf sich fortan vor allem nur noch mit ihnen.

Wie ist es dann, wenn die UMA beinahe die ganze Zeit über fast nur von ihresgleichen umgeben sind? – Für die Integration ist das sehr herausfordernd. Uns ist bewusst, dass eine Familienunterbringung sicher nicht immer möglich ist und das Setting immer passen muss. Wie der Regierungsrat ausführt, sind die Kosten zurzeit leider leicht höher als bei den UMA-Strukturen im Zentrum Bäregg. Mit der Lockerung gewisser Anforderungen an Pflegefamilien wäre es auch möglich, die Kosten dort noch einmal zu senken, sodass das Kostenargument wegfallen würde. Das wäre auch sehr wichtig, um den Entscheid des Stimmvolks ernst zu nehmen. Als Motionäre sind wir jedoch der Überzeugung, dass es genügend Familien gäbe, bei denen mehr UMA platziert werden könnten. Wir bezweifeln, dass es allein am nicht passenden Setting liegt, dass zurzeit nur 26 Prozent effektiv bei Familien oder Verwandten platziert sind. Uns wäre es deshalb wichtig, die Forderung der Ziffer 1 als Motion zu überweisen. Aber wir warten noch ab.

Madeleine Graf-Rudolf, Belp (Grüne). Ich bin auch Mitmotionärin, spreche hier aber für die Fraktion. Wir unterstützen den Vorstoss selbstverständlich. Ich habe in den letzten Jahren mehrere UMA unterrichtet. Wir haben in Belp ein Zentrum. Ich muss sagen, dass die jungen Leute, die in Familien wohnen, gegenüber Bewohnern in Wohnheimen sehr grosse Vorteile haben. Sie werden viel klarer geführt und mehr unterstützt. Sie sind schneller integriert und haben auch viel schneller Kontakt mit Jugendlichen aus der Schweiz. Sie lernen schneller schweizerische Gepflogenheiten, und das Erlernen der deutschen Sprache ist für sie einfacher. Dementsprechend schnell lernen sie die Sprache. Sie sind halt auch selten auf sich alleine gestellt, weil sie die Unterstützung der Familie haben. Ich weiss auch, dass sehr viel mehr UMA in einer Familie untergebracht werden möchten. Aber leider ist das noch nicht so gut organisiert. Die emotionale Ebene ist bei den Jugendlichen nicht zu unterschätzen. Die jungen Leute tragen einen grossen Rucksack: Die meisten haben eine Flucht hinter sich; sie haben Dinge erlebt, die wir uns überhaupt nicht vorstellen können. Darum: Unterstützen Sie die Motion!

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Ja, Michel Seiler, hier geht es nicht um das Detail, hier geht es auch um das Grundprinzip. Die glp ist auch der Meinung, dass man dem Grundprinzip, das Sie ausgeführt haben, folgen könnte und in Betracht ziehen sollte, vermehrt Familienstrukturen auszunützen. Sie haben alles ausgeführt. Diesbezüglich muss ich nichts mehr sagen. Es ist sicher wichtig, dass wir uns bewusst werden, dass wir genau hier bei den Kosten ansetzen könnten. Zuvor haben wir über einen hohen Kredit gesprochen und gesagt, das Volk wolle dies nicht und so weiter. Der Kanton muss viel weniger Strukturen offenhalten. Das betrifft zum Beispiel Gebäude, die er bereithalten muss, damit er die UMA zusammen mit der Zihler GmbH und so weiter platzieren kann. Der Kanton ist mit Familienstrukturen viel flexibler und kann auch Kosten sparen. Dieser Punkt ist sicher wichtig. Es gibt aber in diesem Zusammenhang sehr vieles zu prüfen: Die Sprache und die Sozialisierung sind sicher wesentliche Punkte. Die glp könnte auch diese Ziffer als Motion allenfalls überweisen.

Zu Ziffer 2: Es ist für uns absolut selbstverständlich, dass wir das beste Preis-Leistungs-Verhältnis haben. Das ist eine absolute Selbstverständlichkeit. Überweisen und abschreiben! Dass man die UMA gemäss Ziffer 3 über das Alter von 18 Jahren hinaus in begründeten Fällen – wohlverstanden – in den Familien behalten könnte, soll die Direktion einmal abklären. Die glp unterstützt den Vorstoss, aber nur in Form eines Postulats.

Also, Ziffer 1 unterstützen wir – wie die Regierung – allenfalls als Motion. Wir wollen dann hören, ob die Motionäre wandeln oder nicht. Ziffer 2: überweisen und abschreiben, und Ziffer 3: Postulat.

Marianne Schenk-Anderegg, Schüpfen (BDP). Das Thema UMA wird uns noch einige Zeit beschäftigen. Solange Flüchtlinge unterwegs sind, werden auch UMA bei uns sein. Zurzeit gibt es weltweit 20 Mio. Flüchtlinge und über 65 Mio. Vertriebene. Kinder machen circa die Hälfte der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung aus. Von den humanitären Krisen sind vor allem Frauen und Kinder betroffen. Auch wenn nur die wenigsten nach Europa gelangen, steigt die Zahl mit dem wärmeren Wetter sicher wieder an. Die meisten Kinder kommen mit ihren Familien, viele aber auch alleine. Es ist davon auszugehen, dass die meisten dieser Kinder länger in der Schweiz bleiben. Was geschieht, wenn die Jugendlichen keine ihrem Alter entsprechende Betreuung haben und ihnen keine Leitplanken gesetzt werden, um sich unserer Kultur gegenüber entsprechend zu verhalten? – Es ist daher auch für die Gesellschaft von Interessen, dass sich die UMA schnell integrieren. Zudem ist es sinnvoll, wenn sie kindergerecht untergebracht sind und Bezugspersonen haben, denen sie vertrauen können und von denen sie eng begleitet werden.

Die Sprache zu erlernen und der Besuch der Schule sind essenziell für die Integration in unsere Gesellschaft. Klare Strukturen und Vorgaben zusammen mit einer engen Begleitung wie in einer Familie können dazu beitragen, dass diese Kinder später weniger in die Sozialhilfe, die Kriminalität oder den Extremismus abdriften. Dadurch würden Kosten entstehen, die wesentlich höher wären als die Kosten einer kindergerechten Betreuung. Nach dem Volksentscheid vom letzten Jahr, demgemäss 105 Mio. Franken zu viel für die Unterbringung und Betreuung von UMA seien, gehört es zur Aufgabe der Regierung, kostengünstigere Unterbringungs- und Betreuungsangebote zu prüfen. Im Rahmen des Projekts Neustrukturierung des Asylbereichs im Kanton Bern (NA-BE) wird eine mögliche neue und kostengünstigere Ausgestaltung von Platzierungen in Pflegefamilien geprüft. Vor diesem Hintergrund befürwortet die FDP-Fraktion einstimmig ein Postulat und stimmt so ab, wie es der Regierungsrat vorgibt.

Noch kurz etwas in eigener Sache. Bitte gewähren Sie mir dies. Wenn Sie mir in den letzten acht Jahren nicht alles geglaubt haben, dürfen Sie mir jetzt eines glauben: Ich habe durch Sie unwahrscheinlich viele gute Erfahrungen gemacht und vor allem wahnsinnig viel gelernt. Vielen Dank! Alles Gute für Sie!

Präsidentin. Zu Ihrer Verabschiedung kommen wir später noch, nämlich heute Abend.

Marc Jost, Thun (EVP). Der Motionär hat gesagt: «UMA umarmen». Das hat mir noch gefallen. Es hat mich an unsere älteren zwei Kinder erinnert, die jetzt Teenager geworden sind. Und ich kann langsam diesen Buchtitel «Von der Kunst, einen Kaktus zu umarmen» verstehen. Sehr viele der Betroffenen, um die es hier geht, sind genau in diesem Alter, aber in einem viel schwierigeren Kontext. Ich denke, gerade das ist ein Thema: Nähe und Beziehung leben. Eine Pflegefamilie kann das natürlich auch bieten. Die EVP-Fraktion steht diesem Vorstoss positiv gegenüber. Zusammengefasst könnte man sagen, dass wir uns dem Antrag der Regierung anschliessen. Ich erläutere gleich aus welchen Gründen. Wir finden es richtig, dass grundsätzlich so viele Platzierungen von jungen Asylsuchenden und Flüchtlingen in Pflegefamilien angestrebt werden. Ich kenne selber auch viele verschiedene positive Beispiele, die gezeigt haben, dass in Familien die Betreuung und Integration – wie dies ausgeführt worden ist – sehr gut gelingen kann. Persönlich kenne ich vier Jugendliche, die innerhalb von kürzester Zeit die Sprache erlernt und dann auch eine Lehrstelle gefunden und sich so sehr gut in der fremden Kultur hier bei uns eingefunden haben. Natürlich gibt es auch Fälle von Misserfolgen, bei denen durch das Setting und durch verschiedene Faktoren bedingt etwas nicht gut gelaufen ist. Das ändert aber aus unserer Sicht nichts daran, dass es grundsätzlich ein sehr erfolgreiches Modell ist, das letztendlich auch der Gastgeberfamilie sehr viel gibt und bereichernd für die Familien sein kann.

Weshalb ein Postulat in Ziffer 1? – Wir meinen, dass diese Form der Tatsache besser gerecht werden würde, dass eine Pflegefamilie nicht in jedem Fall die beste Lösung ist. Je nach Kontext kann auch eine Wohngemeinschaft oder ein Wohnheim für den einzelnen Jugendlichen oder das Kind die bessere Lösung sein. Zu Ziffer 2: Wir sehen diese Forderung bereits als erfüllt an. Gemäss unseren Informationen arbeiten die Kantone bereits jetzt mit den Partnern zusammen, die das beste Preis-Leistungs-Verhältnis anbieten. Schliesslich unterstützen wir auch in Ziffer 3 das Postulat. Wir finden, dass zur Sicherstellung einer erfolgreichen Integration in gut begründeten Fällen wirklich eine Weiterführung möglich sein sollte. Je nach Alter, in dem ein Jugendlicher in die Schweiz gekommen ist,

wäre es unter Umständen kontraproduktiv, ihn oder sie genau dann aus diesem Setting herauszunehmen, wenn er oder sie zufälligerweise gerade 18 Jahre alt wird, sich in der Familie eingelebt hat und dann wieder herausgerissen wird. Darum wäre für uns diesbezüglich eine gewisse Flexibilität angezeigt, die im Interesse aller Beteiligten und letztendlich auch von uns als Gesellschaft liegen kann. Dies könnte die Integration fördern und käme letztlich dem Betroffenen und uns allen zugute. Deshalb unterstützen wir auch von unserer Seite ein Postulat.

Präsidentin. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Schindler das Wort.

Meret Schindler, Bern (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss auch als Motion einstimmig in allen Ziffern. Ziffer 2 werden wir aber auch – wie die Regierung – abschreiben. Für jegliche Integration sieht es die Fraktion so, dass es einfacher ist, in kleinen Settings gezielt Kinder zu fördern und Menschen auf das Leben vorzubereiten, als wenn das in grossen Gruppen in einem Heim geschieht. Daher habe ich nicht viele Differenzen zu meinen Vorredenden.

Aber ich möchte noch etwas zum Votum des Motionärs sagen: Wir würden eine Verteilung von Kindern ausschliesslich auf Bauernhöfe als billige Arbeitskräfte nicht unterstützen, damit diejenigen auf der «Egg» oder unten im Tal oder wo auch immer überleben. Wenn schon wollen wir, dass die Kinder in ein Setting kommen, in dem sie gezielt gefördert und auf das Leben vorbereitet werden und nicht einfach nur als Arbeitskraft benutzt werden.

Andrea Gschwend-Pieren, Lyssach/Oberburg (SVP). Ich habe Sympathien für die beiden ersten Ziffern der Motion – wirklich Sympathien. Und ich freue mich, dass die Grossräte Seiler, Kullmann und Graf nach alternativen Lösungen für eine kostengünstigere Unterbringung von UMA suchen. Ich habe sogar beim ersten Lesen der Motion ganz euphorisch gedacht, dass ich dieser sicher zustimmen werde. Danach habe ich die Antwort des Regierungsrats gelesen: Die Kosten bei der Platzierung in einer Pflegefamilie würden sich auf 175 bis 325 Franken pro Person und Tag belaufen. Falls diese Zahlen stimmen, kann die Fraktion der SVP leider weder als Motion noch als Postulat zustimmen, was ich eigentlich sehr schade finde. Ziffer 3 lehnen wir ebenfalls ab. Wir wollen nicht noch mehr junge Erwachsene, die über das 18. Altersjahr hinaus betreut werden.

Am Schluss habe ich noch eine Bemerkung zur Antwort des Regierungsrats. Der Regierungsrat schreibt zu Ziffer 1, ich zitiere: «Bei unbegleiteten Minderjährigen, welche mit Verwandten einreisen [...]». Ich meinte immer, UMA seien eben unbegleitet. Das ist für mich ein Widerspruch in sich. Sind sie nun unbegleitet, oder reisen sie mit Verwandten ein? Dieser Widerspruch trägt für mich nicht gerade zur besseren Glaubwürdigkeit des Themas bei.

Philippe Müller, Bern (FDP). Ich kann es relativ kurz machen, weil sich Grossrätin Marianne Schenk bereits für die FDP geäussert hat. (*Heiterkeit*) Aber wir sehen es ähnlich. Ziffer 1 unterstützen wir als Postulat, Ziffer 2 als Motion und mit Abschreibung. Ziffer 3 unterstützen wir ebenfalls als Postulat, und wir bitten die Motionäre, dies entsprechend anzupassen. Und ich hoffe, ich habe auch gerade im Sinn der BDP gesprochen! (*Heiterkeit*)

Präsidentin. Wir sind bei den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern angelangt. Das Wort hat Grossrätin Mühlheim.

Barbara Mühlheim, Bern (glp). Grossrätin Andrea Gschwend, ja, die Zahlen stimmen. Ich glaube, wir müssen hier aufpassen, dass wir nicht die allseits selig gesprochene Familie als die seligmachende Alternative für die UMA betrachten. Je nach dem woher die Jugendlichen stammen, welches Alter sie haben, und ich sage jetzt auch: welche Verrohung sie hinter sich haben, ist die Familie die richtige oder die falsche Unterbringung. Es ist gerade eine Qualität hier im Kanton Bern, dass wir ganz unterschiedliche Möglichkeiten haben, Kolleginnen und Kollegen. Und wir platzieren auch bei Jugendlichen aus der Schweiz 17-Jährige eigentlich nicht mehr in Familien, weil man bei gesunden Jugendlichen teilweise mit den «Peer-Gruppen» viel enger und verbindlicher zusammenarbeiten kann. Es gibt zum Beispiel auch Projekte, bei denen Jugendliche in Wohngemeinschaften platziert werden. Das kann auch sinnvoll sein. Das betrifft Wohngemeinschaften mit Schweizer Jugendlichen, die stabil sind. Ich bitte Sie nur, nicht eine bestimmte Lösung zu favorisieren, weil Michel Seiler nicht selber Familie hat. Aber, Kolleginnen und Kollegen, bei 153 Franken haben Sie fast keine Familienplatzierungen. Wenn Sie die grossen Terra-Vecchia-Projekte und so weiter ansehen, so konnten wir zahlreiche Familien nicht finanzieren, weil die Kosten dort alle zwischen 230 bis

280 Franken betragen. Je nach Qualität respektive nach den Schwierigkeiten der Jugendlichen müsste man die eine oder die andere Massnahme suchen. Die Unterbringung kann unter Umständen auch bei den Verwandten der UMA stattfinden, die vielleicht Erziehungsarbeit übernehmen können. Aber favorisieren Sie nicht einseitig die eine Massnahme zuungunsten der anderen. Ich bitte Sie daher wirklich, diese Motion – oder besser im Sinne der Regierung als Postulat – dort abzuschreiben, wo es sinnvoll ist. Aber es soll nicht einfach die eine Massnahme als Heilslehre durchgezogen werden, ohne zu wissen, mit welchen finanziellen Konsequenzen wir rechnen müssen.

Sabine Geissbühler-Strupler, Herrenschwanden (SVP). Ich möchte insbesondere unseren linken Ratskolleginnen und -kollegen ganz herzlich danken für das Loblied auf unsere Schweizer Familie. Das ist Balsam für meine Seele. Es ist nämlich interessant, dass Sie einerseits für die Schweizer Kinder flächendeckende Krippenplätze verlangen und neuerdings Ganztageschulen, in denen die Kinder von morgens bis abends in einer grösseren Gruppe sein sollen. Andererseits wird jetzt für die UMA hier vorne am Mikrofon betont, dass diese in den Familien die beste sprachliche Förderung und Unterstützung hätten. In einem kleinen Setting in der Familie, habe ich zuvor gehört, würden sie viel besser gefördert als in einer grösseren Gruppe. Ich möchte Sie bitten, bei Schweizer Kindern vielleicht dieselben Massstäbe anzulegen wie bei den UMA.

Präsidentin. Es hat sich niemand mehr in die Rednerliste eingetragen. Somit hat Regierungsrat Hans-Jürg Käser das Wort.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Wenn Sie die Antwort der Regierung lesen, sehen Sie, dass die Regierung dem Vorstoss mit Wohlwollen gegenübersteht. Aber es ist nicht ein Vorstoss, bei dem man die Ziffern 1 und 2 einfach so umsetzen kann, wie es hier verlangt wird. Hingegen ist es sinnvoll, wenn man den Antrag prüft, alle denkbaren Varianten in Betracht zieht und entsprechende Lösungen sucht, die für die jeweiligen Menschen passen. Es sind immer Einzelfälle. Die Lösungen müssen kostengünstig sein; deshalb sollte man Ziffer 2 selbstverständlich annehmen, aber auch abschreiben. Ich halte es für gescheitert, wenn man den Vorstoss als Postulat annimmt, weil er namentlich die GEF und nicht mehr die POM betreffen wird. Dies bietet die Gelegenheit, mögliche Lösungen abzuklären und anschliessend auch umzusetzen.

Präsidentin. Der Motionär wünscht noch einmal das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (Grüne). Danke für die wichtige Diskussion. Ich wandle den Vorstoss wie vom Regierungsrat beantragt. Ich habe von der modernen Familie gesprochen. Das können Grossfamilien sein, das können Wohngemeinschaften sein, das können ganz verschiedene – auch familienähnliche – Gemeinschaften sein. Das kann Mann und Mann sein, das kann Frau und Frau sein. Diese erhalten dann die Bewilligung für einen Pflegeplatz, und in diesem Zusammenhang wird die Situation betrachtet. Trotzdem bin ich überzeugt – ich habe das als Beispiel genannt –, dass die Bauernhöfe eine ideale pädagogische Umgebung schaffen. Wir müssen einfach schauen, dass wir mit dem Preis noch herunterkommen, und ich bin überzeugt, dass wir noch herunterkommen. Ich mache das selber nun schon vierzig Jahre: Kinder und Jugendliche auf Höfen platzieren. Ich bin überzeugt, wenn wir die Vorschriften, die die Platzierungsorganisationen haben – zum Beispiel, dass es einen Sozialpädagogen braucht und es nur zehn Betreute geben darf – abändern, dann können wir die Kosten gut auf 130 Franken pro Tag senken. Davon bin ich überzeugt.

Präsidentin. Hat der Motionär die Ziffern 1 und 3 in ein Postulat umgewandelt? – Ja. Dann kommen wir entsprechend zur Abstimmung.

Wer die Ziffer 1 der Motion als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 105

Nein 42

Enthalten 0

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 1 als Postulat angenommen mit 105 Ja- zu 42 Nein-Stimmen, ohne Enthaltungen.

Wir kommen zur Ziffer 2. Wer diese annimmt, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 144

Nein 3

Enthalten 0

Präsidentin. Sie haben die Ziffer 2 angenommen mit 144 Ja-, 3 Nein-Stimmen, ohne Enthaltungen. Wir stimmen somit noch über die Abschreibung ab. Wer der Abschreibung der Ziffer 2 zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 144

Nein 3

Enthalten 0

Präsidentin. Die Ziffer 2 ist abgeschrieben mit 144 Ja- zu 3 Nein-Stimmen, ohne Enthaltungen. Wer die Ziffer 3 der Motion als Postulat annimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 104

Nein 43

Enthalten 1

Präsidentin. Die Ziffer 3 ist mit 104 Ja- gegen 43 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung als Postulat angenommen worden.